

22.06.2021

Antrag

der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP

Bei uns in Nordrhein-Westfalen: 25 Jahre Engagement für Gleichstellung, Sichtbarkeit und Wertschätzung.

I. Ausgangslage

Nordrhein-Westfalen engagiert sich seit 25 Jahren für die rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung queerer Menschen. Wir stärken die Sichtbarkeit von Vielfalt, fördern Akzeptanzarbeit und arbeiten am Abbau von Diskriminierung und Gewalt. Die Kontinuität des politischen Engagements unterstreicht die parteiübergreifende Anerkennung und Wertschätzung der Vielfalt in unserem Land.

Schritt für Schritt haben wir viel erreicht: Bereits Ende der 1990er-Jahre wurde das Arbeitsprogramm „Aktive Antidiskriminierungsarbeit zugunsten von Lesben und Schwulen“ von der Landesregierung beschlossen. Nordrhein-Westfalen war mit der Einführung eines ressortübergreifenden Aktionsplans Vorreiter strukturierter LSBTIQ*-Unterstützung. Der jüngst verabschiedete Aktionsplan „Impulse 2020 – für queeres Leben in NRW“ trägt durch seine weiterentwickelte Systematik dazu bei, Bedarfe noch besser erkennen und passgenauer darauf eingehen zu können. Die umfängliche Förderung von LSBTIQ*-Dachverbänden und psychosozialen Beratungsstellen stärkt die queeren Communities und die gesellschaftliche Bildungs- und Antidiskriminierungsarbeit. Darüber hinaus hat die Landesregierung zahlreiche neue Akzente in der LSBTIQ*-Politik gesetzt, beispielsweise:

- Einrichtung einer Landeskoordinationsstelle Trans* sowie einer Landeskoordinationsstelle Inter*,
- Einrichtung einer Netzwerkstelle für Diversity Management in KMU mit Fokus auf LSBTIQ*,
- umfassende historische Aufarbeitung der Verfolgung und Lebensschicksale von LSBTIQ*,
- Förderung einer Vielzahl von Maßnahmen für die Zielgruppe LSBTIQ*-Jugendliche im Rahmen des Kinder- und Jugendförderplans NRW,
- zahlreiche neue Projekte im Bereich Migration und Anti-Gewalt,
- Initiierung eines Projektes LSBTIQ* inklusiv für queere Menschen mit Beeinträchtigungen sowie
- Erstellung einer umfassenden Webseite zum Thema Intergeschlechtlichkeit*.

Datum des Originals: 22.06.2021/Ausgegeben: 22.06.2021

Trotz unseres Engagements und rechtlicher Meilensteine wie der Weiterentwicklung des Personenstandsrechts für intergeschlechtliche Menschen bleiben Herausforderungen zu bewältigen. Diskriminierung und Gewalt gehören noch immer und zu oft zur queeren Lebenswirklichkeit. Benachteiligungen aufgrund sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität nehmen auch in der Europäischen Union zu.¹ Laut einer Studie des Deutschen Jugendinstitut geben 83 Prozent junger LSBTIQ* an, nach ihrem Coming-out Diskriminierungserfahrungen gemacht zu haben.² LSBTIQ* empfinden öfter Einsamkeit und fühlen sich doppelt so häufig sozial isoliert bzw. traurig wie die Vergleichsgruppe.

Die Christopher Street Days (CSDs) sind für die gesellschaftliche Sichtbarkeit ein unverzichtbarer Teil der politischen Kultur und der Präsenz von LSBTIQ* in NRW. Dabei geht es nicht nur um bunte Straßenzüge, sondern um die Manifestation queerer Sichtbarkeit und Diversität und das damit verbundene Einfordern von derzeit noch fehlenden Rechten, von Gleichstellung und Antidiskriminierung im Arbeitsleben, in Freizeit und im Familienverbund. Es geht um Respekt und die Einhaltung von Menschenrechten, und das in einer Zeit, die an vielen Stellen durch ein gesellschaftliches Rollback gekennzeichnet ist. Nicht nur Gewalt gegen LSBTIQ* hat zugenommen, sondern auch innerhalb der Communities stellen einzelne Gruppierungen das solidarische Miteinander in Frage, auch befördert durch die COVID-19-Pandemie, die wie ein Brennglas bestehende Defizite und problematische Zusammenhänge verstärkt hat.

Nordrhein-Westfalen steht an der Seite der LSBTIQ*-Communities und hilft ihnen auch während der Pandemie ihren Platz in der Gesellschaft weiter zu festigen. Die NRW-Koalition von CDU und FDP wird auch in Zukunft jeder Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegengetreten und für ein Leben in Freiheit und Würde eintreten.

II. Beschlussfassung

Der Landtag stellt fest:

- Nordrhein Westfalen steht für Zusammenhalt. Wir verurteilen Homo-, Trans- und Queerfeindlichkeit sowie Mehrfachdiskriminierungen und jede Form von Ausgrenzung, Gewalt und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Bei uns finden Menschen respektvolle Anerkennung für ihre sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität.
- Am CSD bekennen sich Menschen sichtbar zum respektvollen Miteinander unterschiedlicher sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten. Die Veranstaltungen im Rahmen der CSDs leisten damit einen wichtigen Beitrag für die Sichtbarkeit von LSBTIQ* und vertreten ihre politischen und gesellschaftlichen Anliegen.
- Nordrhein-Westfalen steht auch in Zeiten der Corona-Krise für Vielfalt und Zusammenhalt, obwohl CSDs in Zeiten der COVID-19-Pandemie oftmals nicht in Präsenz stattfinden bzw. stattgefunden haben. Daher soll die Sichtbarkeit queeren Lebens ganzjährig erfolgen. Der Landtag bekennt sich zur Zukunft der CSDs in Nordrhein-Westfalen als aktive Beiträge für mehr Sichtbarkeit von LSBTIQ*.
- Nordrhein-Westfalen fördert bürgerschaftliches Engagement, Sichtbarkeit und Empowerment von LSBTIQ*. Auch in der Corona-Krise wurden und werden die Mittel für LSBTIQ*-Verbände und -Projekte ohne Einschränkungen bewirtschaftet. Nordrhein-Westfalen bekennt sich damit uneingeschränkt zum Erhalt der LSBTIQ*-Infrastruktur.

¹ Umfrage „LGBTI II: A long way to go for LGBTI equality“

² DJI-Studie zum Coming-out-Verläufen und Diskriminierungserfahrungen von LSBT*Q Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Nordrhein-Westfalen

- Bildungs- und Akzeptanzprojekte beispielsweise in den Schulen, in der Jugend- und Seniorenarbeit sind wichtig, um Anerkennung und Respekt für gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt zu fördern.
- Nordrhein-Westfalen setzt sich auch für Vielfalt in der Wirtschafts- und Arbeitswelt ein. Da kleine und mittlere Unternehmen das Bild der Unternehmenslandschaft in Nordrhein-Westfalen prägen, bietet die Landesregierung ihnen Informationen zur Einführung eines Diversity Managements mit Fokus auf LSBTIQ* an.

Der Landtag beauftragt die Landesregierung,

- das Thema LSBTIQ*-Feindlichkeit und -Stigmatisierung weiterhin konsequent zu bearbeiten, unter anderem durch Beiträge zu der Aufdeckung und Widerlegung von Verschwörungstheorien gegen LSBTIQ*, der weiteren historischen Aufarbeitung und ideellen Wiedergutmachung der Unterdrückung und Verfolgung von LSBTIQ* in Nordrhein-Westfalen und dem Dialog mit den muslimischen Communities.
- Anlaufstellen und Angebote für LSBTIQ* auch in der Corona-Pandemie finanziell zu fördern. Dazu zählen unter anderem psychosoziale Beratungs- und Empowermentangebote zum Beispiel für geflüchtete LSBTIQ* und Black and People of Colour (BPoC).
- die weitere Stärkung und den Ausbau der Selbstorganisationen der LSBTIQ*-Communities zu prüfen.
- Diversity-Maßnahmen für LSBTIQ* in der Arbeits- und Wirtschaftswelt weiterhin vorzuhalten, zum Beispiel durch unterstützende Angebote für KMU, Netzwerke für den Erfahrungsaustausch, der Realisierung von Studien und anderen Formaten zur Überprüfung der Wirksamkeit von Diversity Management - Konzepten in KMU.
- die Digitalisierung und barrierefreie Angebote aus bereiten Mitteln weiter auszubauen sowie in bereits bestehenden Projekten die Digitalisierung voranzutreiben.
- den Aktionsplan „Impulse 2020 – für queeres Leben in NRW“ weiterzuführen.
- Regenbogenfamilien weiterhin zu unterstützen.
- ressortübergreifend im Sinne des Querschnittsansatzes aus bereiten Mitteln weiterhin Bildungs- und Antidiskriminierungsarbeit für sowohl LSBTIQ* als auch die Verwaltung und Allgemeinbevölkerung zu fördern.

Bodo Löttgen
Matthias Kerkhoff
Rainer Deppe
Jens Kamieth

Christof Rasche
Henning Höne
Marcel Hafke
Jörn Freynick

und Fraktion

und Fraktion